

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezugs außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 12c Pfg., auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmieten nach dsl. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 240

Mittwoch, den 13. Oktober 1920

11. Jahrgang

Endgültig Friede in Riga.

Der Friedensvertrag Rußland—Polen.

Riga, 12. Oktober. Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Polen wurde hier heute, Dienstag, nachmittags 6 Uhr 20 Minuten unterzeichnet.

Innerhalb 15 Tagen sollen dann die Ratifikationsurkunden in Riga ausgetauscht werden. In dem Vorfriedensvertrag wird bestimmt, daß beide unterzeichnenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands anerkennen.

Die Frage des Goldanteils wobei Polen 200 Millionen Goldrubel forderte, während die Russen nur 50 Millionen zugestanden und den Anspruch auf den geforderten Rest des Goldanteils durch Kohstofflieferungen und Ausbeutungsrechte für Waldgebiete erledigen wollten, soll in den Verhandlungen über den Endfrieden geregelt werden.

Entgegen den ersten Wünschen der Polen wird nach dieser Meldung auch der endgültige Frieden in Riga geschlossen werden. Man lebt in der Hoffnung, daß sich die späteren Verhandlungen reibungslos vollziehen werden, doch ist bekanntlich gerade diese Frage sehr reich an Zwischenfällen gewesen.

Abriicken Polens von dem Wilnaer Abenteuer.

Paris, 12. Okt. Nach einer Havasmeldung hat Senatspräsident Bourgeois als Vertreter des Völkerbundes der vom Völkerbund nach Litauen entsandten militärischen Mission telegraphiert, daß nach Nachrichten aus amtlichen Quellen die polnische Regierung das Vorgehen des polnischen Generals in Wilna formell mißbilligt und sich bereit erklärt habe, alle Maßnahmen zu ergreifen, um dem bedauerlichen Zwischenfall ein Ende zu bereiten.

Es ist nur eigenartig, daß die Ablehnung des Vorgehens des polnischen Generals auf dem Wege über Paris erfolgt. Warschau liegt doch viel näher und hätte es auch einfacher, dem Zwischenfall ein Ende zu machen. Ebenfalls merkt es eigenartig an, daß der Vertreter des Völkerbundes selbst nur den Briefträger für die polnische Mitteilung spielt, ohne sich seiner doch nicht unwichtigen Rolle als Vertreter des Völkerbundes, der über Wahrung der Rechte der Völker wachen soll, bewußt zu sein, oder gab es Rücksichten zu nehmen?

Während nämlich die neuesten Pariser Notungen die Befestigung Wilnas kritisieren, meldet der Sonderberichterstatter des englischen Blattes „Manchester Guardian“ zur Einnahme Wilnas durch die Polen: „Die Lage in Litauen überschattet augenblicklich alle Ereignisse in Europa. Der Gedanke eines polnischen Korridors durch Weißrußland, der ohne Besitz Wilnas undurchführbar ist, stammt von Frankreich. Auch der Angriff auf Wilna ist von Frankreich inspiriert.“ Der Berichterstatter fragt an, ob die britische Regierung sich mit dem Korridorplan einverstanden erklärt oder dagegen Einspruch erhoben hat.

Nicht nur England, sondern auch Frankreich und letzten Endes der Völkerbund wird klar zu den Dingen Stellung nehmen müssen.

Der Entente-Vernichtungswahn.

Der Kasseler Parteitag nahm unter starkem Beifall eine Entschließung gegen das kulturhändlerische Treiben der Entente an, die die Dieselmotoren vernichtet wissen will. Genosse Müller sprach dabei die Hoffnung aus, daß dieser Beschluß bei der Arbeiterklasse der Entente ein Echo finden werde.

Ob sich die Hoffnung des Genossen Müller erfüllen wird, muß leider sehr skeptisch beurteilt werden. Denn keineswegs hat selbst der Appell der deutschen Gewerkschaften über die Anknüpfung der Danziger Hafenarbeiter bis heute noch keinen Widerhall, geschweige eine Antwort der englischen Arbeiter gefunden.

Versammelt zu löblicheren Taten.

Mailand, 12. Okt. (Stefani.) Am Dienstag nachmittags eröffnete der Präsident des Organisationskomitees, Senator Ruffini, die erste Sitzung des internationalen Kongresses der Vereinigungen für den Völkerbund. Auf dem Kongress sind vertreten Belgien, England, Spanien,

Japan, China, Norwegen, Polen, Rumänien, die Schweiz, die Tscheche Slowakei, Jugoslawien und Portugal. Neben Amerika, Schweden und Dänemark fehlen also Deutschland und Oesterreich. Letztere sind allerdings für den Bund der Völker noch nicht würdig befunden.

Englands Eintreten für Genf.

London, 12. Okt. „Times“ schreiben: In amtlichen Kreisen wird die französische Note über die Entschädigungsfrage als im großen und ganzen befriedigend angesehen. Es verlautet, daß die englische Regierung vermutlich einer Vorbesprechung der Sachverständigen zustimmen werde, an die sich dann eine Vollversammlung in einem neutralen Lande nach Art der Konferenz in Spa anschließen werde. Die Vorbesprechung wird von jedem Lande einschließlich Deutschland mit zwei Sachverständigen besetzt werden. Es wird erwartet, daß die englische Regierung noch immer der Ansicht sei, daß die Deutschen als vollberechtigte Teilnehmer an der Vollversammlung teilnehmen sollen. England sieht das Abereinkommen von Spa nicht als hinfällig an.

Rathenau doch zur Wirtschaftskonferenz zugelassen.

Berlin, 12. Okt. (W. L. B.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Nachricht englischer Blätter, daß Dr. Walter Rathenau die Einreiseerlaubnis nach England verweigert worden sei, nicht richtig. Rathenau befindet sich im Besitz der Einreiseerlaubnis, ist aber verhindert nach London zur Teilnahme an der internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot zu reisen.

Die Streikentscheidung der englischen Bergarbeiter.

London, 12. Okt. (W. L. B.) Gestern hat die Abstimmung unter den Bergarbeitern über die Vorschläge der Arbeitgeber ihren Anfang genommen. Das Ergebnis wird am Donnerstag der Hauptkonferenz des Bergarbeiterbundes vorgelegt werden.

Schutz der deutschen Kultur im Osten.

Breslau, 12. Okt. (W. L. B.) Der preussische Unterrichtsminister traf heute vormittag zu einem Empfang in Breslau ein. Der Oberbürgermeister betonte in seiner Begrüßungsaussprache, daß Breslau als kulturelles Bollwerk des Ostens geistig stark zu befestigen sei. Der Unterrichtsminister erwiderte u. a.: Die Bedeutung Breslaus als kulturelles Bollwerk und als Schutz gegen die slawische Flut werde von der Staats- und Reichsregierung vollkommen gewürdigt. Die Gedankengänge, wie sie der Oberbürgermeister geäußert habe, — die Errichtung und Stärkung geistiger Grenzwälle für das Deutschland — seien insbesondere dem Unterrichtsminister nicht fremd. Darum habe die Staatsregierung, die ja gleich den Gemeinden nicht Herr ihrer Mittel und gleich ihren Kostgängerin des Reiches sei, sich trotz der Zeit zur Gründung einer neuen Universität in Pöln entschlossen. Allerdings vernachlässigt dürften darüber auch die Ostlande nicht werden. Er habe daher angeregt, mit einem Entwurf an das Staatsministerium heranzutreten, um größere Mittel für die Erhaltung massiver und theoretischer Einrichtungen auch in Ostpreußen und Schlesien flüssig zu machen. Leider habe der Erfolg dieser Unternehmungen den daran geknüpften Wünschen und Hoffnungen nicht entsprochen. Er bitte jedoch versichert zu sein, daß das Ministerium auf der Wacht sei. Der Minister erklärte noch, daß er zu einem Abbau der staatlichen Hochschulen in Breslau niemals die Hand bieten werde.

Auch uns Danzigern und besonders der Arbeiterschaft ist die Wahrung deutscher Geistesgüter nicht zuletzt auch im Interesse der östlichen Nachbarn in die Hand gegeben, wobei allerdings nationale Ueberhebung keine Rolle spielen darf.

Verhandlungen im Berliner Setzungsstreik.

Berlin, 13. Okt. Die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums die streikenden Parteien im Berliner Setzungs-gewerbe zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen, haben laut „Vorwärts“ den Erfolg gehabt, daß heute vormittags 10 Uhr Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattfanden werden.

Erfolgreiche Hungersnot in China.

London, 12. Okt. Man meldet der „Times“ aus Peking: Aus den Hungergebieten: kommen entsetzliche Nachrichten. Die Not steigt. Wenn binnen kurzer Zeit keine Hilfe kommt, werden Tausende von Menschen umkommen.

Die amerikanische Sozialdemokratie im Wahlkampf.

Am 2. November findet in den Vereinigten Staaten die Wahl des Präsidenten statt; mit ihm wird der Senat zur Hälfte, das Abgeordnetenhaus vollständig erneuert, und gleichzeitig werden die einzelstaatlichen Legislativen, Gemeinderäte und eine vielgestaltige Schar von Beamten und Richtern erkoren. Eine hohe Zahl von großen politischen Machtposten ist da zu verlieren oder zu gewinnen. Die Lebhaftigkeit des Wettlaufs um die Gunst der Wähler ist daher begreiflich. In Anbetracht dessen wird es nicht wundernehmen, daß dabei Mittel angewendet werden, die die Grenzen des politischen Anstandes bedenklich überschreiten. So groß wie der Einsatz, um den gespielt wird, so weit ist die Moral, die dabei gilt. Die Präsidentschaftskandidaten der zwei kapitalistischen Parteien, Cox und Harding, warfen sich die letzten Tage vor, ihre Parteiklassen aus trüben Quellen zu speisen. Ein solcher Vorwurf könnte in dem „zurückgebliebenen Europa“ das Kandidatensein vernichten. In dem „erleuchteten Amerika“ aber wird die Sache in dem Augenblick für erledigt gehalten, wo beide Kandidaten sich nachweisen, daß sie beide das gleiche tun. Wegen moralischer Unebenheiten einem Kandidaten, der um die höchste Würde ringt, gram zu sein, gilt nicht als fair in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Was vom Wahlkampf über den Ozean bringt, betrifft nur die beiden kapitalistischen Parteien. Von der Sozialdemokratie hört man jedoch wenig oder nichts. Das mag einem europäischen Arbeiter, der gewohnt ist, daß seine Partei dem Wahlkampf das Gepräge gibt, schier unverständlich dünken. Leider ist die Sozialdemokratie, oder was, bis jetzt ein nebensächlicher Posten in der politischen Rechnung der Vereinigten Staaten. Ob sie jetzt, wo das Ansehen auch der Demokraten vollständig in die Wirtel gegangen ist, Aussicht hat, ein nationaler Faktortor zu werden, steht noch dahin. Die Meinungen über ihre Chancen sind ziemlich geteilt. Die Unsicherheit der Stimmung und der Wahlbeteiligung machen diesmal das Prognosegeben zu einem besonders schlechten Geschäft. Die Frauen gehen zum erstenmal mit zur Urne. Dadurch wird die Wählerzahl auf etwa 40 Millionen erhöht. Auf welche Seite sich die Wählerinnen schlagen werden, läßt sich nicht einmal vermuten. Die Verdoppelung der Wählerzahl macht verständlich, daß der Sozialdemokratie eine Stimmengahl von 3 bis 6 Millionen vorausgesetzt wird. Allein, wer das Auf und Nieder des sozialistischen Wahlparameters in Amerika, mer die schönen Hoffnungen vor der Wahl, wie ihre noch größeren Enttäuschungen nach der Wahl miterlebt hat, der wird sich beim Voraussetzen sehr vorsichtig verhalten.

Die Sozialdemokratie geht getrennt in den Wahlkampf. Zwei Parteien bewerben sich um die Stimmen der Klassenbewußten Arbeiter: die Sozialistische Partei und die Landarbeiterpartei (Farm Labor Party). Keine von beiden kann die Präsidentschaft erobern. So wird der Präsidentschaft demokratisch oder republikanisch sein. Für die schwache Arbeiterpartei ist einer so wenig wert wie der andere. In geistiger Hinsicht sind beide als schlechte Mittelmare zu klassifizieren, in wirtschaftlicher sind und werden beide die Sachwalter des Kapitals sein. Das Wahlprogramm beider unterscheidet sich, wenn überhaupt, nur im Wortlaut. An dieser Ununterscheidbarkeit wie Gefinnungslosigkeit rankt sich die Hoffnung auf den sozialistischen Wahlsieg. Besonders der Landarbeiterpartei wird eine gute Wahlsprognose gestellt.

Das Programm der Landarbeiterpartei unterscheidet sich kaum von dem der sozialistischen. Sie ist ganz neuen Datums. Ihre Gründung ist von der Führerschaft der alten sozialistischen Partei mit wohlwollendem Auge betrachtet worden. Man glaubt, mit ihr erfolgreicher unter dem eingeborenen Arbeiterelement werden zu können. Die Sozialistische Partei leidet nun einmal unter dem Ruf, eine Partei der Eingewanderten zu sein. Sie ist vom europäischen Sozialisten gegründet, eingewanderte Arbeiter waren und sind auch heute noch ihre sichersten Stützen, unter ihren führenden Beuten sind viele europäische Namen. Es hat sich darin in dem letzten Jahrzehnt gewißlich manches gewandelt, das amerikanische Element ist zahlreicher geworden, es ist mehr zusammengewachsen und vielfach erwachsen.

Dem Vorurteil gegen die Eingewanderten glaubt man mit der Landarbeiterpartei begegnen zu können. Ob man nicht zu den vielen Enttäuschungen eine neue sagen wird, wie dem auch sei, die neue Partei legt Wert darauf, zu betonen, daß sie rein amerikanisch sei. Daß sie auch gut sozialistisch ist, bezeugen ihre Führer wie ihre Veröffentlichungen. Sie sagt in grundlächlicher Hinsicht so ziemlich dasselbe, wie ihre ältere Schwester, doch sagt sie es anders, amerikanischer. Ihre Sprache greift besser an die Punkte, ist mehr der Psychologie der Eingewanderten angepaßt. Sie stützt sich auf starke wirtschaftliche Organisationen. Ihre Ausrichtungen werden für die mittleren und westlichen Landstriche, besonders in den sogenannten Getreidebändern, als günstig geschätzt. Wenn sie nun auch bei der Reichswahl nicht einen ausschlaggebenden Erfolg erwarten kann, so darf sie doch auf die Erlangung von namhaften Wählerbeiträgen nicht ganz verzichten in einem guten Duzend Staaten und noch mehr Gemeinden hoffen.

Die Kritik an der städtischen Verwaltung.

Stadtverordneten-Sitzung vom 12. Oktober 1920.

In der gestern stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurden zunächst drei neue Stadtverordnete eingeführt, und zwar für den amtschlesischen Unabhängigen (Charnetz) trat Hübbling, für die Sozialdemokraten (Pole) Grobelski und für den Zentrumsmann Reuberer trat Gyg ein.

Der Vorsitzende machte Mitteilung von der auf sozialdemokratischen Antrag erfolgten Verhandlung des Magistrats mit der Straßenbahngesellschaft wegen der weiteren

Fahrpreiserhöhung für Schwerverkehrsbedientige.

Es bereits in unserer Zeitung mitgeteilt ist es gelungen, weitere 18 Preissenkungen zur Verfügung gestellt zu erhalten. Hierzu sowie von der

ausserordentlichen Prüfung der Stadthauptkasse.

moder alles als in Ordnung befindlich festgestellt wurde, nahm die Sitzung debattielles Konnais.

Neben der Annahme einiger Beschlüsse wurde der Verwaltungsvorschlag des Auswandererlagers durch die Herren Jürgens, Pichler und Rüdiger Kellner, die von der jüdischen Gemeinde vorgeschlagen waren, erweitert.

Der Finanzkommissionar des Magistrats auf Beschaffung von 100 000 M. für die Kinder-Frühstückspreiung durch die Käufer wird zunächst verhandelt.

Stadttrat Kande begründete die Vorlage. Die Frühstückspreiung solle am kommenden Sonnabend beginnen, und zwar würden nach den getroffenen Vorbereitungen laufend täglich 5000 Kinder geweiht werden. Die angeforderten Mittel sind für Transport, Verwaltung, Versicherung und zur Anbahnung der Geschäftshaltung erforderlich.

Stadt. Tschick (Zinnl.) hält die angeforderte Summe für unzureichend. 2 e Kinder müssten laufend drücklich kontrolliert werden. Auch Wägen zur Feststellung des Gewichts wären in den Schulen erforderlich.

Bürgermeister Dr. Kall spricht den Dank des Magistrats für dieses Vorhaben aus und besonders denen, die an der Verwirklichung mitgearbeitet haben.

Stadt. Dr. Herrmann (Dem.) bemängelt bei dieser Gelegenheit, daß die Anforderungen der Gesamtheit bei längerer Zeit nicht mehr vorher durch den Kommissionsrat geprüft werden.

Bürgermeister Dr. Kall hat zu dieser Vorlegung wieder einzuzuhören, doch wäre es bei dieser Dringlichkeitsvorlage nicht möglich gewesen.

Stadt. Genosse Argonoff: Die Stimmen der Vorlage gern zu, da mir in der dankenswerten Stunde ein gutes Beispiel der internationalen Wohlthätigkeit und des praktischen Christentums der Käufer über das sich anerkennenswert von dem üblichen Christentum abhebt. Es muß aber Vorbehalte getroffen werden, daß sich bei der Verwendung der Summe keine Grundstücke erspart bleiben, wie sie nach letztem Jahre im Auswandererlager bemängelt werden müßten. (Zustimmung.)

Kandem Stadt. Käthe Bru (Unabh.) nach gewünscht hat, daß die bisher in solchen Einrichtungen tätigen Kräfte herangezogen werden, damit die praktischen Erfahrungen dieser nutzbar gemacht werden, wird

die Vorlage ohne Widerspruch angenommen.

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Verlegung eines sozialistischen Stadtrats in das Wirtschaftsamt.

Stadt. Kaha (Unabh.) begründet diesen Antrag, indem er zunächst auf die bereits von ihm bei den Stadtverordnungen bemängelte Verlegung der Magistratsgeschäfte hinweist. Besondere Ordnung solle im Wirtschaftsamt sein. Es ginge nicht an, daß der Leiter desselben in der wichtigsten Geschäftsperiode monatlich von Langen abwesend sei. Dabei sei Herr Kähler auch den Wirtschaftsamt mit Deutschem. Auch die Polen versuchen aus weiterer

hant Nieman zu schneiden und bewachen und bei den Kartoffel-Lieferungen. In Sommeren kostet ein Zentner Kartoffeln nur 10 M., während man von uns 20 M. fordert. Mit diesen Mitteln umzugehen, deren Kosten die Langen Bevölkerung aufbringen muß, nehmen sich die Polen ihre letzten Sympathien bei der Bevölkerung Langen. Das Wirtschaftsamt hätte einem solchen Antrag nicht zustimmen dürfen. Auch die bestehende Kartoffelhandels-gesellschaft muß mehr beachtet werden. Der Leiter Kähler ist auf dem Stande heranzukommen und empfiehlt den Agariern, mit der Sicherung der Kartoffeln zurückzuhalten, da es bald höhere Preise geben würde. Im derzeitigen Mischlande auszuweichen, muß in dem

Gesellschaft nur den Kennwert des eingezahlten Kapitals zurückzufordern. Der etwaige Ueberfluß muß zu gemeinnützigen Wohnungsvorhaben verwendet werden und fällt mit dieser Bestimmung der dafür zuständigen Reichsstelle zu.

Mit der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe sind die Vorarbeiten abgeschlossen. Die im Februar d. Js. auf der Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe in Hamburg zur Zusammenfassung der bestehenden sozialen Baubetriebe und zur einheitlichen und tat. Ästigen Förderung der baugewerblichen Sozialisierung eingeleitet worden sind. Der neue Verband soll zum Träger der gesamten baugewerblichen Sozialisierung werden. Sein Ziel ist die Einführung der Gemeinnützigkeit im Baugewerbe durch die Ueberführung der gesamten baugewerblichen Produktionsmittel in die Hand von Selbstverwaltungsgremien aus Kopf- und Handarbeitern unter dem Mandat von Staat und Gewerkschaft. Die Verwirklichung der Bausache durch Steigerung des Arbeitsertrages und Anschaffung der privaten Unternehmerrgewinne, die Schaffung sozialer Kapitalien.

Die wirklichen Vaterlandsverräter.

Es gibt zwei Sorten Vaterlandsverräter in Deutschland, die aber beide nicht in den Kreisen der Arbeiter zu suchen sind. Die einen wollen, nachdem durch ihre Kriegspolizei das Vaterland in schwere wirtschaftliche Nöte gekommen ist, die Landstrasse, in denen sie wohnen, von Deutschland losreißen, um dadurch ihren Kapitalbesitz vor dem Zugriff des dahingehenden Vaterlandes zu schützen. Das sind besonders im Rheinland die Sonderbündler von Dorten, die ihrer Schuttpolitik für Kriegsgewinnler ein besonderes Mühen umhängen wollen. Die anderen sind die wässrigen: sie speien auf alle moralischen Bedenken und verschleiben ihr aus dem Blut der deutschen Volksgenossen gemischtes Gold ins Ausland. In den zwei Jahren 1918 und 1919 wurden deutsche Vermögen in der angelegte bei holländischen Banken 52 Milliarden Mark, bei Schweizerischen Banken 45 Milliarden Mark. Um diese 97 Milliarden Mark betrogen die deutschen Kapitalisten das deutsche Volk, um keine Steuern zu entrichten.

Die Lage der sozialistischen Partei ist etwas anders. Sie mag in einigen östlichen Staaten, auch in Wisconsin, auf eine größere Zahl von Abgeordneten sitzen zählen, in manden Gemeinden vielleicht gar die Mehrheit und damit die Bürgermeistertellen haben, aber ihr Gewicht wird in den Einflüssen und Gemeinden hinter dem der Landarbeiterpartei zurückbleiben. Dafür glaubt sie die Stimmenzahl ihres Präsidentschaftskandidaten bedeutend zu vermindern. Diese Annahme wird von mehreren günstigen Umständen gestützt. Etwas Debe ist wieder zum Bannträger erhoben. Vor acht Jahren sammelte er etwa eine Million Stimmen. Bei der nächsten Wahl, 1916, als Berlin kandidierte, ging jedoch die Stimmenzahl um 400 000 zurück. Über damals war das Land von der Allegorie erfüllt. Der Mangel der Partei an Ansehensgegenständen verstärkte den Verdacht an der amerikanischen Treue der „Eingewanderten-Partei“. Ihr Widerstand gegen den Wapbpartisanismus verurteilte große Teile. Seitdem hat sich sichtlich manches zum Besseren geändert. Der Nimbus, den die Partei Wilson im Lager der Traditionslosesten hatte, ist schnell verflücht. Den Hunderttausenden von Gewerkschaften, die bei den letzten Wahlen mit dem demokratischen Stimmsettel zur Urne liefen, der Wirkung ihres Häuptlings Campers folgend, ist bei den letzten großen Streiks in der Kohlen- und Stahlindustrie unvergesslich eingeblaut, daß sie einmal mehr auf ein solches Pferd gesetzt hatten. Die maßlosen Verfolgungen von Gewerkschaften durch die „demokratische“ Verwaltung, das Abschreiben auf die sogenannten Extrazustellen, die Hausdurchsuchungen und Rechtsvergewaltigungen der Nachkriegszeit er waren nachdrücklich daran, daß es am 2. November an der Spitze der alle Campersche Wahlparole: „Straft eure Feinde, behaltet eure Freunde“ zum endlich richtig zu befehlen.

Der sozialistische Bannträger Debe hat seinen letzten sozialistischen Bestimmung im Justizhaus. Seine Verfolgung wie seine Verurteilung hat, wie leicht verständlich, seine Popularität nicht wenig erhöht. Er gilt als das Symbol des Friedens gegen den Krieg, der Demokratie gegen die Reaktion als der große Leidensgenosse der durch Krieg, Wucher und Unterdrückung angequälten Arbeiterklasse. Seine unbedingte Vergangenheit stellt ihn weit über die Kandidaten der beiden kapitalistischen Parteien. Er gilt als der würdige Vertreter der ausgeführten Arbeiter wie der freibeständig gewordenen bürgerlichen Schichten. Neben ihm vertritt der Kandidat der Landarbeiterpartei, Christensen, ein den Arbeiterschichten unbekannter Rechtsanwalt in der Reformenstadt Salt Lake City.

Die Tatsache, daß jede der beiden Arbeiterparteien einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hat, darf nicht als Mißbilligung gedeutet werden. Die beiderseitige Wahlarbeit wird in innigem Einklang betrieben. In den Staaten und Orten, wo die Landarbeiter gute Stützpunkte haben, werden die Sozialisten ihre Kandidaten wählen, wo die sozialistische Partei starken Einfluß hat, werden die Landarbeiter sie unterstützen. Die fortschrittlichen Kreise des Bürgertums, ob sie sich nun Radikale, Liberale oder Fortschrittler nennen, werden sehr wahrscheinlich für das Symbol des Liberalismus, des Fortschritts, kurz für Eugen Debe, stimmen.

Ob das Experiment mit den beiden Arbeiterparteien ein glückliches ist, das müssen die Wahlen zeigen. Die Schicksale der „dritten“ Parteien gestalten keine günstige Prognose. In Amerika verschwanden sie immer schneller, als sie gekommen. Nur die sozialistische Partei ist die Ausnahme von der vielfach bestrittenen Regel. Ihr Aufstieg ist ein europäisches Wahlrecht gemessen, allerdings verhältnismäßig langsam. Inwiefern will es schon viel belegen, daß sie sich im Weltland gegen alle Verfolgungen und Bedrohungen, gegen Drohung und Spionage, gehalten hat und stetig gemacht ist. Die Größe dieser Leistung wird jeder bezeugen, der die Gerissenheit und Brutalität der alten Parteien und ihrer Anhänger, der Trusts, in der Nähe gesehen hat.

Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe.

Im September ist in Hamburg der Verband sozialer Baubetriebe gegründet worden. Seine Aufgabe soll die Gründung und Förderung gemeinnützigkeits, genossenschaftlicher und sonst nicht auf privatkapitalistischer Grundlage tätiger Baubetriebe sowie ihre Vertretung gegenüber den preisgebenden Körperlichkeiten: Reich, Staat und Gemeinden sein. Der Verband hat die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung; als Gründer treten die Verbände der Bauarbeiter, Steinleger, Malchmisten und Heizer, Fabrikarbeiter, Müller, Töpfer, Dachdecker, Asphaltierer und Zimmerer sowie der Bund der technischen Angestellten und Beamten auf. Außerdem nahmen als vorläufige Vertretung der etwa 100 bestehenden sozialen Baubetriebe 18 solcher Betriebe aus allen Gegenden Deutschlands an der Gründung teil. Diese Betriebe sollen jedoch nicht dauernd Mitglieder des Verbandes bleiben, sondern nur Platzhalter für die später zu gründenden Bezirks- oder Provinzialverbände sein.

Das Gesellschaftskapital des Verbandes beträgt einstmillion 5 Millionen Mark, wovon der größte Teil (rund 4 1/2 Millionen) vom Deutschen Bauarbeiterverband gezeichnet worden ist. Der Fabrikarbeiterverband als Vertretung der Arbeiter in den Baubetrieben hat 30 000 Mark, der Malerverband und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die anderen beteiligten Verbände und die einzelnen sozialen Baubetriebe haben sich mit geringeren Summen bis herab zu 1000 Mark beteiligt. Jedoch haben mehrere Verbände eine höhere Beteiligung in Aussicht gestellt, sobald sich ihre Generalversammlungen beim Verbandstage mit der Frage befaßt haben, einige andere Verbände, die sich ohne vorherige Zustimmung ihrer Generalversammlung an der Gründung nicht beteiligen konnten, haben ihre spätere Beteiligung in Aussicht gestellt.

Der Verband sozialer Baubetriebe soll eine durchaus gemeinnützige und genossenschaftliche Körperlichkeit sein. Er soll nur Baubetriebe gründen und fördern helfen, die selbst gemeinnützig und von dem Grundbesitzer geleitet sind, möglichst gute und billige Bauten für die Allgemeinheit herzustellen. Dielem Zweck ist auch durch die Bestimmungen über die Verwendung des Geschäftsgewinns im Gesellschaftsvertrag Rechnung getragen. Von einem etwaigen Geschäftsgewinn sind zunächst 10 v. H. in eine Rücklage solange einzustellen, bis diese die Höhe von 20 v. H. des Stammkapitals erreicht hat. Von dem alsdann verbleibenden Rest werden bis 10 v. H. nach Beschluß des Aufsichtsrates zum Wohle der Angestellten verwendet. Der schließlich verbleibende Rest fließt in eine selbständige Rücklage zur Verstärkung der Betriebs-

Vorstand des Wirtschaftsamtes neben den bürgerlichen Stadträten auch ein sozialistischer Stadtrat sein.

Bürgermeister Dr. Kall weist darauf hin, daß bei der Annahme des unabhängigen Antrages entweder einer der jetzigen Vertreter zurückgezogen werden muß oder durch eine Verordnung eine Erweiterung des Vorstandes des Wirtschaftsamtes erfolgt. Gegen die Wahl eines sozialistischen Stadtrates als Stellvertreter wäre nichts einzuwenden.

Stadt. Dr. Herrmann (Dem.) kann nicht einsehen, daß dies Mißstände nur von einem sozialistischen Stadtrat verhindert werden können. Wäher hat Stadtr. Kaha auch nicht die Beweise für seine vor 6 Wochen gegen die bürgerlichen Stadträte gerichteten schweren Angriffe erbracht. Es muß endlich Klarheit darüber geschaffen werden.

Stadt. Brejki (Pole) beschwert sich über die Angriffe Kahas auf Polen. Dazig Wane dadurch wirtschaftlich sehr geschädigt werden und schließlich ohne Kartoffeln bleiben.

Stadt. Brungen (Deutschl.) erklärte, daß seine Fraktion den Antrag ablehnen würde aber für die Deutschnationalen ebenfalls einen Vertreter beantragte müßten. Dazmer habe in einer Versammlung, in der Kander anwesend war, das Gegenteil der Kaha'schen Behauptungen getan und die Landwirte zur schnellen Kartoffellieferung aufgefordert. Kander bemängelte dann ebenfalls die lange Abwesenheit des Vorgesetzten des Wirtschaftsamtes. Die Aufklärung über die Kaha'schen Angriffe müßte bald gegeben werden.

Eine listige Polenbeobachtung.

Stadt. Brejki (Pole) beschwert sich darüber, daß der Magistrat die aus der Verammlung erhobenen Vorwürfe gegen Polen wegen der Kartoffelpreiserhöhung nicht zurückgewiesen habe. Die Polen müßten hier auf Schritt und Tritt Schmähungen erdulden (!) Es Wane so weit kommen, daß die polnischen Arbeiter einfach keine Nahrungsmittel mehr nach Langen hereinlassen.

Bürgermeister Kall weist darauf hin, daß von einer schmähenden Behandlung der Polen in Langen durchaus keine Rede sein könne. Wenn sich einzelne Personen v. selbst einmal zu Übergriffen haben hinreißen lassen, so solle man dabei berücksichtigen, wie die Deutschen in Polen behandelt werden. (Zuruf: Dr. Wagner wird noch festhalten!) Auch die polnischen Maßnahmen und Übergriffe im Korridor verursachen naturgemäß manchen den Unwillen der Langen Bevölkerung.

Stadt. Genosse Reel betont, daß die sozialdemokratische Fraktion schon bei der Errichtung des Wirtschaftsamtes für eine andere Besetzung eingetreten wäre. Der Antrag der Unabhängigen würde daher die Unterhügung der sozialdemokratischen Fraktion finden. Das Wirtschaftsamt hat uns mit manchen keinen Maßnahmen dem W. a. näher gebracht. Die privatkapitalistischen Interessen in Stadt und Land haben die städtische Kartoffelverteilung beseitigt und hat Polen nicht allein an der Kartoffelverteilung schuld. Sondern 1/2 des Kartoffelbestandes haben wir im Freistaat selbst. Die Großhändler haben diese jedoch aufgekauft und lassen sie vorerst noch auf den Gütern liegen in der Erwartung, daß höhere Preise kommen. Die Herren von Rechts sollten sich daher an die eigene Brust schlagen. Beim Zuckerüberpreis hat man ebenfalls nur an die eigene Tasche gedacht, indem man diesen von einem Friedenspreis von 70 M. auf jetzt 25 Mark für den Zentner erhöht hat. Der Rohwunderpreis für den Zentner stellte sich daher in Langen auf 365 Mark, während er in Deutschland nur 210 Mark beträgt. Den W. a. Gewinn stellen nun einzelne Großagrarier ein. Das ist die Arbeit der Freunde der Deutschnationalen im Wirtschaftsamt, die durch einen sozialistischen Einfluß unterbunden werden muß.

Stadt. Kaha beurteilt den polnischen Kollegen als sehr empfindlich und läßt die Polen in solcher Kritik gleich immer bei ananismus und Fatalismus.

Mit den Beweisen für seine früheren Angriffe auf Magistratsmitgliedern werde er kommen, wenn die Gelegenheit passend wäre. Die Zeit sei noch nicht gekommen.

Stadt. Dr. Herrmann (Dem.): Die Angriffe Kahas tiefen darauf hinaus, die bürgerlichen Stadträte als korrupt hinzustellen. Man hat z. B. Stadtrat Peng den Vorwurf gemacht, daß er Geschäfte mit der Stadt gemacht habe. Das haben auch andere als nur bürgerliche Stadträte getan. Am besten ist es, wenn Magistratsmitglieder überhaupt keine Geschäfte mit der Stadt machen.

Die weitere Aussprache über diesen Antrag, der mit 32 gegen 18 Stimmen abgelehnt wurde, sowie den weiteren Verhandlungsbericht können wir leider erst morgen bringen.

Die Vermögensflucht und -verschiebung ins Ausland im Jahre 1920 geht noch weiter. Dabei rehen diese Kreise ständig vom Aufbau und schreien: Nur Arbeit kann uns retten! Nur die Hälfte des verschobenen Vermögens von 1918 und 1919 genügt, um das Loch im Haushaltsplan von 1920 zu stopfen. Auf das Haupt der deutschen Kapitalisten und Verschieber kommt die Schuld, wenn unser Volk zugrunde geht.

Kleine Nachrichten.

Die englische Behandlung deutscher Seeleute.

Berlin, 11. (W. T. B.) Der Deutsche Seefahrtsausschuss hat in seiner in Bremen abgehaltenen Sitzung mit Absehen Kenntnis genommen von der teilweise brutalen und unbilligen Behandlung, die deutsche Seeleute aller Grade namentlich in englischen Häfen sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung erdulden müßten. Der Seefahrtsausschuss legt der deutschen Regierung dringend nahe, sofort namentlich England gegenüber darauf zu bestehen, daß deutsche Seeleute sowohl an Bord als auch an Land sich als gleichberechtigt bewegen können. Gegebenenfalls wäre mit entsprechenden Repräsentationen vorzugehen.

Unruhen in China.

London, 11. (Reuter.) Nach einer japanischen Meldung haben 400 berittene Banditen, unter denen sich auch Russen befinden, Santschong angegriffen, das japanische Konsulat verbrannt, 14 japanische Polizeistaffiere, darunter den Polizeikommissar, getötet und 24 Japaner ermordet. Japanische Wachabteilungen sind abgesandt worden, um in Santschong und Umgebung die Ruhe wiederherzustellen.

Diamantenraub in Buffalo.

Cleveland (Ohio), 11. (Reuter.) In Buffalo überfielen gestern Abend auf offener Straße zwei Männer einen Diamantenhändler, betäubten ihn durch Schläge mit Revolverkugeln, bemächtigten sich einer Kassette mit Edelsteinen im Werte von 220 000 Dollar und entflohen.

Die Ausschreitungen am 29. Juli vor dem Schwurgericht.

Das Urteil.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde durch das Gericht folgendes Urteil gefällt:

- Schüh 2 Jahre Gefängnis, Heintze 1 Jahr Gefängnis, Matkowski 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Saenger 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Littwien 8 Monate Gefängnis, Schneemann 8 Monate Gefängnis, Erdmann 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Freymann 1 Monat Gefängnis, dieser wegen Hefterei.

Die Angeklagten Fregien, Schröder und Pflter wurden freigesprochen.

Von den Verhandlungen ist noch folgendes nachzutragen:

Der Untersuchungsrichter Dr. Schulz hat den Schüh vernommen. Von einer Erlaubnis des Polizeibeamten zum Eintritt in das Oberpräsidium habe Schüh bei seiner Vernehmung nichts gesagt. Oberbürgermeister Sabm habe den Angeklagten Freuden nicht betreten können oder wollen. Auf das bestimmte habe Sabm erklärt, daß er auf der Freitreppe nicht geschlagen worden ist. Deshalb sei es unwahrscheinlich, daß Fregien auf der Balustrade eine drohende Haltung eingenommen habe. Außer einem roten Fleck vom Schlag Heintzes hat Oberbürgermeister Sabm keine sichtbaren Verletzungen erlitten. Sein Kopf wurde allerdings zerrissen.

Der Angeklagte Schneemann habe einen guten Eindruck gemacht. Auch von polnischen Offizieren wurde anerkannt, daß sich dieser Angeklagte korrekt benommen und verhindert hat, daß größere Ausschreitungen entstanden.

Es werden zunächst ein Anzahl polnischer Offiziere und Soldaten vernommen, die am Bahnhof entwaffnet wurden. Einige wollen dabei auch geschlagen worden sein. Ein polnischer Oberst konnte die deutsche Sprache verstehen, aber angeblich nicht sprechen. Er wurde durch einen Dolmetscher vernommen. Bewohner einer Pension am Kasubischen Markt, die nach Polen und Wollen durchsucht wurde, konnten unter den Angeklagten außer Schneemann niemand erkennen. Auch von den Kellnern verschiedener Restaurants wurde außer Sch. niemand erkannt. Aus dem polnischen Konsulat in der Rennerstraße sind Schube, Kleidungsstücke und Wehl von der Menge gestohlen. Der Wert kann jedoch nicht so hoch sein, wie er von den Polen der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist, weil es Sachen waren, die aus früheren Diebstählen zurückgefordert waren.

Nach Vernehmung einer Anzahl Zeugen, die nichts Wesentliches mehr auszusagen, erklärt Gerichtsarzt Dr. Busch ein Gutachten über den Gesundheitszustand der Angeklagten Heintze und Erdmann. Der erstere leide unweifelhaft an Verstandeschwäche und seine Tat sei nicht so zu bewerten, wie die eines normalen Menschen. Eine Untersuchung Erdmanns habe jedoch nicht Unnormales ergeben. Der 85 des Strafgesetzbuches komme bei beiden Angeklagten nicht in Frage.

Damit war die Semeisnahme geschlossen. Den Geschworenen wurden 19 Schuldfragen gestellt.

Der Staatsanwalt zur Schuldfrage.

Staatsanwalt Kanjam ging auf die Schuldfragen näher ein. Die öffentliche Zusammenrottung war da. Widerstand ist geleistet worden, da mit mehreren Personen die Rote durchbrochen ist. Die Voraussetzungen des Auftrages sind gegeben. Der Angeklagte Schüh gehöre der kommunistischen Partei an. Durch Krankheit und Arbeitslosigkeit sei er in eine verzweifelte Lage gekommen. Der Anzeigende habe die

Stiefhänder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

Ohne der armen Frau ein gutes Wort zu spenden, verließ Erich das Zimmer. Er schlug die Tür krachend hinter sich zu und frag im Wohnzimmer aus einem niedrigen Grunde Streit mit der Mutter an.

Der Bericht war abends mild geworden; hatte der Sommer viele Gärten gebracht, so brante der Herbst eine solche Hitze von Oben, daß die Wärme fast unter der Haut ihrer Kleider glühten. Die Landleute hatten volle Leichen und schauten sich was gut und was nicht war.

Früher hatten sie bei einem Gele einhundert Bier oder einem Schnapsglaschen Besondere geübt, jetzt lag das Bier in Erbsen, die trüben Brüder schickten Frauen und die weniger bewußten machten es ihnen nach. Deshalb auch nicht! Die letzten Laker Klapperten nicht mehr in ihren Leiden.

Germann, der noch blüht im Wirtschaften gemacht war, bejahte es jetzt selten, und nur auf lange Zeit. Er fühlte sich deshalb so glücklich, daß ihm jede Minute verloren erschien, die er auswärts zubrachte.

Wegen der Wetterregel war der Januar sehr mild, aber der Februar brachte Schnee und harte Kälte. Man empfand alle die Schwierigkeiten des Winteres. Wenn Hermann einen Weggang gemacht hatte, konnte er es gar nicht ertragen, wieder zu Hause zu kommen. Ungehindert schickte er unter dem freit herbeibringenden Vorhang der Schuhe von den Kindern und kampe ihn von der Stiefeln. Wenn er in die Küche trat und sah, wie die Frauen erlitten, lag ein großer Haufen über ihm, bis er sich schickte, und wenn der kleine Hermann juchend die Stiefeln nach ihm ansprach, dann konnte seine Freude keine Grenze finden.

Der Winter verging dem jungen Paar in ungestörtem Glück. Das Frühjahr ließ wiederum auf eine gute Ernte hoffen, und Sommer und Herbst trachten erdigen Segen.

Im November sagte der Sommerwirt bestimmt zu Pauline: „Gud die Welt nach weitem Jungen an, Du bist dir denge gar, der hängt an angedachten.“

Menge aufgeführt, den Oberbürgermeister herunterzuholen und habe auch an der Spitze einer Menschenmenge die Absperrung durchbrochen. Schüh habe bei schwerem Landfriedensbruch als Rädelstführer mitgewirkt. Fregien sei durch die Auslage zweier Mitangeklagten schwer belastet. Der Staatsanwalt hielt es für erwiesen, daß Fregien den Oberbürgermeister heruntergeholt, über die Straße geführt und auf die Balustrade gestellt hat. Auch dieser Anzeigende sei Rädelstführer bei schwerem Landfriedensbruch gewesen. Heintze habe den Schlag gegen den Oberbürgermeister geführt und treffe diesen die gleiche Schuld wie den Vorgenannten. Matkowski habe sich am Nachmittag und am Abend als Rädelstführer bei schwerem Landfriedensbruch betätigt. Saenger habe in zwei Fällen als Rädelstführer an einer Zusammenrottung teilgenommen. Littwien war am Landfriedensbruch beteiligt. Gegen Schröder und Freymann liege kein Belastungsmaterial vor, deshalb seien die Schuldfragen bei ihnen zu verneinen. Bei Heintzenanntem kam vielleicht Hefterei in Frage. Schneemann sei geständig. Er habe ebenfalls als Rädelstführer gewirkt. Doch seien ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Erdmann und Pflter seien des schweren Landfriedensbruchs schuldig.

Die Verhandlung habe kein vollständiges Bild ergeben. Sie habe nur Schlaglichter auf die Vorgänge geworfen. Diese seien milderlich. Es hätte leicht zu einer Trödelie kommen können, bei der nicht ein, sondern 100 Menschen den Tod hätten finden können. Umsonst suche man bei den Angeklagten nach idealen Motiven. Der Staatsanwalt erörterte dann — nach anderer Ansicht höchst überflüssig — das Wesen einer Revolution. Diese Vorgänge seien keine Revolution, sondern ein Anarchismus, der leicht entzündliche Folgen haben konnte, durch Zerschlagung der Ordnung. Alle Staatssysteme, vom kapitalistischen Staat bis zum Kommunismus halten auf Ordnung. Der Kommunismus am entschiedensten. Durch Revolution kann eine Umwälzung der bestehenden Zustände erreicht werden; ob berechtigt oder unberechtigt sei hier nicht zu entscheiden. (Unruhe im Zuschauerraum.) Die Taten des Schneemann seien bedauerlich. Immerhin habe er aus edleren, nationalen Motiven gehandelt. Auch sonst spreche vieles zu seinen Gunsten. Heintze habe Anspruch auf mildernde Umstände mit Rücksicht auf seine herabgesetzte Zurechnungsfähigkeit. Bei allen anderen Angeklagten seien sie zu verneinen. Die Staatsgewalt müsse zu dem Aufruhr Stellung nehmen. Entweder sie duldet ihn, dann muß sie schließlich abdanken, oder sie duldet ihn nicht, und kann dann das Mittel unerbittlicher Strenge nicht entbehren. Das ist Sache der Weltanschauung. Möglich sei, daß seine Ausführungen keinen Eindruck auf die Geschworenen machen, nach den Ereignissen der letzten Jahre. Die Geschworenen mögen bei Abgabe ihres Spruches bedenken, daß dieser für die öffentliche Ruhe und Ordnung von größter Wichtigkeit ist.

Die Verteidigung.

Rechtsanwalt Baumann behauptete, daß auf der Bank der Geschworenen nicht auch Arbeiter sitzen, denn diese müßten das nötige Verständnis für die Motive der Angeklagten haben. Arbeiter müßten die Rot und das Glend der Angeklagten am besten beurteilen können. Er habe die Aufgabe, arme miselichte Menschen zu verteidigen und sehe in die Geschworenen das Vertrauen, daß auch sie die Arbeitslosigkeit und den Steuerdruck der Angeklagten mitleidig beurteilen können. Bei seiner Verteidigungsrede müsse er manches sagen, was vielleicht im Saale und draußen nicht gern gehört werde. Der Verteidiger vertrat den Standpunkt, daß die Demonstration verhindert werden mußte, weil mit Ausschreitungen zu rechnen war. Die gegenseitigen Beschuldigungen der Angeklagten könnten keine Unterlage zur Beurteilung bilden.

Seit der Revolution habe sich manches geändert. Aber die Gesetze seien nach den alten Lebensformen angepaßt. Das treffe besonders die Paragraphen zu, die hier in Frage kommen. Die Staatsgewalt müsse streng sein, aber ihren Einfluß an der Quelle des Übels geltend machen. Als Kenner der Volksseele hätte Ma u den Schüh am Reden verhindern müssen. Er hat bei Schüh und Matowski nur die Schuldfrage nach Widerstand gegen die Staatsgewalt und Auforderung dazu zu bejahen. Bei der Beurteilung der abendlichen Vorgänge möge man keinen scharfen Trennungsstrich zwischen Schneemann und den übrigen Angeklagten machen. Tatsache sei, daß in Danzig eine große Mißstimmung gegen Polen herrsche. Man möge die Sache milde beurteilen, weil die Täter durchweg jugendliche Personen sind, und auf einfachen Hausfriedensbruch erkennen.

Rechtsanwalt Dr. Herrmann betonte, daß die Demonstration etwas Erlaubtes ist und keine Zusammenrottung. Der Begriff Rädelstführer sei verkannt, da das doch nur der sein kann, der die ganze Menge leitet. Die Anklage gegen Fregien sei nicht erwiesen. Der Verteidiger ging dann auf die ungeheuren Steuerforderungen näher ein und bat die Geschworenen zu erwägen, ob durch eine Verurteilung der Angeklagten dem allgemeinen Wohl genützt oder geschadet wird.

Rechtsanwalt Eisenstädt verteidigte die wegen der abendlichen Vorgänge Angeklagten: Schneemann, Erdmann, Freymann und Schröder. Es sind junge Leute, die sich hinreißen lassen. Wenn die Polizei von Anfang an aktiver gewesen, hätten die Ausschreitungen vielleicht verhindert werden können. Er hat nur auf einfachen Landfriedensbruch zu erkennen und dem Schneemann mildernde Umstände zuzubilligen, weil dessen gute Haltung selbst von polnischen Offizieren anerkannt wurde.

Justizrat Reif beantragt für Pflter Freisprechung, weil er nur Zuschauer im Hotel Continental war und auch nicht wußte, daß er sich dadurch strafbar machte.

Nach einer kurzen Rede des Staatsanwalts und Gegengrede der Verteidiger erhielt Schüh das Wort. Er appellierte an die Menschlichkeit der Geschworenen und gab der Erwartung Ausdruck, daß das Urteil nicht zu scharf werde. Matowski schilberte kurz die durch Arbeitslosigkeit und Krankheit trostlose Häuslichkeit.

Anträge des Staatsanwalts.

Der Vorsitzende erteilte dann den Geschworenen die Rechtsbelehrung, worauf sich diese um 7 1/2 Uhr zur Beratung zurückzogen. Nach dreistündiger Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen den Wahrspruch:

Sämtliche Schuldfragen, welche die Angeklagten ins Zuchthaus geschickt hätten, waren abgelehnt worden. Die Geschworenen stellten einfachen bzw. schweren Landfriedensbruch fest. Heintze und Erdmann wurden der Rädelstführerschaft für schuldig befunden, dem ersteren mildernde Umstände bewilligt. Die abendlichen Vorgänge waren scharfer bemerkt worden.

Der Spruch der Geschworenen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schüh 3 Jahre Gefängnis, Matowski 2 Jahre, Saenger 2 1/2 Jahre, Heintze 9 Monate, Littwien 9 Monate, Schneemann 6 Monate, Erdmann 2 Jahre, Freymann 2 Wochen Gefängnis. Da der Spruch der Geschworenen die Schuldfragen gegen Fregien, Schröder und Pflter verneint hatten, deren Freisprechung. Die Verteidiger bitten die Strafe herabzusetzen. Nach einstündiger Beratung wurde gegen 12 Uhr nachts das Urteil verkündet, das wir obenstehend wiedergeben. Der Vorsitzende erklärte, daß die Jugend, Verführung usw. eingehend berücksichtigt wurde. Schüh verdiene aber eine schärfere Strafe, weil er die Veranlassung zu dem Sturm auf das Oberpräsidium gegeben habe. Die Angeklagten nahmen die über sie verhängten Strafen an. Die Freigesprochenen wurden aus der Haft entlassen.

„Ich, noch dem!“ rief Pauline ungläubig aus. „Das ist doch die dich ein Pindel.“
„Du wirst ja selbst sehen.“ gab die Sommerwirtin traurig zurück. Sie entledigte das Kind und legte es auf den Tisch. Mit Schrecken sah Pauline, daß die Wirtin die des Kindes durchschaut war. „Ich hab dir es am Gesicht an, dich ich recht hab!“ rief Pauline aus. „Ich hab es am armen, armen Kind. Es lauft nicht, es sprich nicht, und es wird es auch noch ein Krüppel.“ Mein Mann hat ihn schon nicht im, wenn es aber offenbar ist, daß es ein Krüppel ist, dann wird es ihm ein Törn im Auge sein.“
„Dann hätte er ja gar kein Bäckergesicht“ entgegnete Pauline erregt. „Er würde den armen Kindern viel doppelt lieb haben. Es wird ihm schon nach zu helfen sein. Unter Schöner ist doch Grundrührigkeit und ja der Bäckergesicht können sie doch sogar aus der Stadt her.“
„Du bist ich bald lieber noch Bäckerei mit ihm!“ erklärte die Sommerwirtin. „Gelt ja, Pauline, es geht mir demweil ein Bissel auf die Kinder an.“ Sie den beiden großen Jungen hat es auch wenig nach, und die Minna ist leider recht nichtausgung. Viel sagen darf ich dir nicht, da läßt er mir gleich über den Mund.“
„Er hätte lieber das grümmigen Pindel, der Minna, über den Mund laß!“ entsetzte sich Pauline. Dann hatten beide Frauen Frigidität, wie Pauline die Ehefrau ihres Mannes in der Küche erlangte. Auf Pauline hat bei die Sommerwirtin ihren Vater, Erich, darum ergriffen. Dem reichen Müller konnte der Sommerwirt die Wirtin nicht abgeben. Pauline hätte er ein. „Es gab der Frau nicht die Hand zum Abgeben, sondern Hermann war etwas von verrückter Einbildung und überflüssigen Götzen. Immer, dachte die arme, reiche Frau: „Wie glücklich war ich bei meinem Eltern.“ Das Geld ist mein Lebensretter. Wäre ich arm, dann wäre ich noch bei meinen guten Eltern.“
Pauline lächelte ganz gebrochen. Sie hatte den Krüppel bei ihrem Auge ihren Gedanken geblüht und sich noch an zwei herabgehende Pindel, er, dachte, aber alle hatten ein wenig verstanden, daß sich die Wirtin, unterbestimmung zu einem vollständigen Pindel anschaffen würde und daß der Anzeigende unglücklich war.
Die Verhandlung der unglücklichen Frau wurde noch dadurch erhöht, daß sie sich von einem Müller wählte. Er war nur noch ein Schaf. Die Sommerwirtin dachte, daß das Kind kein. Der Sommerwirt hat seine Geliebte nicht zurückgelassen, seine Frau zu erhalten.

Der Müller hatte seinen Enkel eine hübsche, kleine Mähle gelehnt. Nun veränderte sich zwar kein Zug in dem gelben, verregneten Gesicht des kleinen Emils, wenn sich die Mähle der Mähle drehten, aber der alte Edinger behauptete:
„Es liegt im Blut! Er tut sich für die Mähle-interessieren.“
Minna stand einmal neben der Mähle, sie warf herausfordernde Blick auf die Brüder und sang:
„Müller, Müller mach er,
Die Mähle kosten 'nen Taler!
Die Jungen kosten 'nen Laubendred,
Den Schmeißt man mit der Schippe weg!“
„Tut er,“ sagte Paul weinerlich, „die Minna singt das Lied falsch!“
„Ach, haltet doch Frieden.“ hat die fränke Frau, aber der Sommerwirt sagte: „Tummes Mähle, das Lied geht ja ganz anders! Fah Achtung!“ Er sang:
„Der Müller stiehlt tapfer,
Der Müller stiehlt tapfer,
Dem Kachel drei Sedjel,
Dem Kachel drei Sedjel.“
„Denst du, ich hab Müller wird von ehrlücher Gelder reich! Die müßten sich alle vom Tisch!“ sagte er dann.
„Mein Vater ist goldbehrlich!“ rief Pauline tödlich beleidigt aus.
„Dem es juch, der kracht sich.“ gab Erich mit einem spöttischen Lachen zurück, dann ging er in die Schenke. Pauline schleppte sich zu schwer es ihr fiel, zu ihrer Freundin und schüttelte diesen ihr Herz aus. Sie verbiere ihren Eltern ihren Zustand, denn sie wollte ihnen nicht vorzeitig Sorge machen, aber endlich haben Sängers doch, wie es um ihre Tochter bestellt war. Pauline konnte das Zimmer nicht mehr verlassen, sie war so schwach, daß sie sich nur mit Unterstützung dem Bett zum Gefühls schleppte. Pauline zeigte ihren Eltern stets ein heiteres Gesicht, aber die Mutterherz ließ sich nicht täuschen. Die Müllerin hatte jetzt beständig rotgeweinete Augen.
(Fortsetzung folgt.)

Neue Höchstpreise für Kartoffeln.

Die von Polen an den Freistaat Danzig gemäß Versorgungsabkommen vom 8. September d. Js. zu liefernden Kartoffeln werden nach Verfügung des Ministeriums für die ehemals preussischen Landestheile in Polen mit 20 deutschen Mark je Zentner ab polnischer Grenze berechnet.

Zu dieser uns vom Magistrat zugehenden Mitteilung wäre zunächst zu sagen, daß ganz abgesehen von den polnischen Preisforderungen die bereits in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kritisiert wurden, auch die Verteuerung durch die Verteilung, die bald 50 Prozent des Preises ausmacht, nicht gebilligt werden kann.

Die Moskafahrt der Unabhängigen.

Auch in der Danziger U. S. P. haben sich nun die Höhe von den Schafen getrennt. Wenn auch nicht äußerlich, so hat die Urabstimmung aber doch Klarheit über das Kräfteverhältnis der beiden Richtungen geschaffen.

Insgesamt gaben im Freistaat 1677 Mitglieder der U. S. P. ihre Stimme in der Frage der Lebensversicherung der unabhängigen Partei ab. Die Anteilnahme der unabhängigen Mitglieder an der Lebensversicherung der Partei dürfte im Freistaat dem ungefähr gleichen Maße wie in Deutschland entsprechen.

In der „revolutionären“ Hochburg Kauental beteiligten sich 45 Mitglieder an der Abstimmung und in Bürgerweihen sogar nur noch 14. Eine ganze Reihe Bezirke scheint auf die Abstimmung überhaupt verzichtet zu haben.

Die Währungsfrage des Freistaates.

Der Mieterverein beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Danziger Währungsfrage. Es wurde dargelegt, daß diese Frage jeden täglich, wenn auch unbewußt, berührt.

eingehend dargelegt, wie eine kleine Danziger Mäherung beschaffen sein müßte und wie sie einzuführen wäre. Die Goldfrage wurde eingehend besprochen. Unüberwindbare Schwierigkeiten seien nicht vorhanden.

Wieviel darf ein Fernsprechnachnehmer für ein Gespräch fordern?

Es ist bekannt geworden, daß verschiedene Fernsprechnachnehmer für die Benutzung ihres Fernsprechanchlusses zur Ausführung von Ortsgesprächen durch Dritte eine Gebühr bis zu 1,50 Mf. erheben.

Um Unklarheiten über die gezielten Bestimmungen für die Benutzung der Fernsprechanchlüsse zu beseitigen, erfolgt eine nochmalige Klarstellung hierüber. Nach § 24 I der Fernsprech-Gebührenordnung sind Teilnehmer, welche gegen Grund- und Gesprächsgebühr angeschlossen sind, berechtigt, sich die Gebühr für Ortsgespräche in Höhe von 20 Pfg. für die Zeit von 7 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends von Dritten erstatten zu lassen.

Achtung! Vertrauensleute der U. S. P.

Am Freitag, den 15. Okt. abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der Hiltischschule, Heiligegeistgasse 111. Vertrauensmännerversammlung. Thema: „Sitzt sich der Wohnungsbau schon sozialisierend?“ Referent Genosse Reel. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

4. Bezirk (Schilling), Soos, Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, bei Eleppuhn Karthäuserstraße Bezirksmitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Bludau: „Die Einheitschule“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

8. Bezirk (Niederstadt, Speicherinsel, Aneipah) Am Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr bei Reih (früher Kamagist), Gr. Schmalbengasse 18. Bezirksmitgliederversammlung. Vortrag. 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Bereits Arbeiterjugend Ohra, Donnerstag, den 14. Oktober 1920, abends 7 Uhr, Lhecterrollenverteilung und Übungabend. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringende Pflicht.

besugt, für Ortsgespräche von Dritten irgend eine Gebühr zu fordern, auch nicht eine solche für die Benutzung kostspieliger Fernsprecheinrichtungen oder für die Vergabe des Raumes.

Jede Ueberschreitung dieser Bestimmungen stellt eine mißbräuchliche Benutzung des Fernsprechanchlusses dar und gibt der Telephon-Verwaltung das Recht, den Anschluß zu sperren.

Eine „Massenversammlung der Christlichen. Der christliche Gemeindearbeiter- und Straßenbahnerverband hatte zu gestern eine öffentliche Versammlung einberufen, die im Lokale des Herrn Schmidke, Schichaugasse, stattfand und sehr gut besucht war.

Der Streik der Weichselholzarbeiter ist, wie uns heute vom Transportarbeiterverband geschrieben wird, am Sonnabend, den 9. Oktober 1920, in geheimer Abstimmung als beendet erklärt und am Montag, den 11. Oktober 1920 die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Eine Volkshorstellung findet am nächsten Sonntag nur für die Bewohner der Vororte im Stadttheater statt. Der Magistrat weist darauf hin, daß nur über 16 Jahre alte Personen zur Vorhellung zugelassen werden und daß die Vorstellung jenseitig beginnt.

Zum Abschiedskonzert von Josef Schwarz, das der Künstler der Berliner Staatsoper vor seiner Amerikafahrt am Sonnabend um 8 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus gibt, sind Karten zum Vorzugspreis in den Verkaufsstellen der „Volkstimme“, Paradiesgasse und am Spandhaus 6. und im Parteibureau 4, Damm 711, zu haben.

Neues Operetten-Theater. In der heutigen Aufführung des „Zigeunerbarons“ gastiert Frau Ida Driesen, die Gattin des Herrn Kapellmeisters Emil Driesen, Stadttheater, in der Partie der „Sissi“. Am kommenden Sonntag geht zahlreiche Wünsche entsprechend, nochmals die Silberne Operette „Die Schönste von Allen“, neu einstudiert und mit teilweise neuer Besetzung, in Szene.

Aus den Gerüchteleien. Die Bestimmung der Preisobergrenze. Vor dem Schöffengericht wurde in einer Verleumdungssache über die Bestimmung der Preisobergrenze im F. haben verhandelt. Der Kontrollenrat des Reichsbankrates in Danzig hatte sich wegen Verleumdung von höheren Polizeibeamten zu verantworten.

Der Amtsanwalt hielt für erwiesen, daß zwar eine Verleumdung vorliegt, aber der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt und sei somit freizusprechen. Das Schöffengericht erkannte dahin, daß die Verhandlung ergeben habe, daß die Polizeibeamten sich bemühten, den Diebstahl Einhalt zu tun.

14. & 20 an seine vorgelegte Behörde berichtet er hat diese Freiheit und führte darin u. a. Beschwerde über die Polizei, daß sie manchmal und in manchen Personen nicht zuverlässig und nicht richtig sei, den überhand nehmenden Diebstählen entgegenzutreten.

Polizeipräsident Fr ü n g e l bezeugte als Zeuge, daß er bei der Verfolgung von Diebstählen nicht nach politischen oder nationalen Gesichtspunkten verfähre, sondern alles anwende, um ihnen Einhalt zu tun. Er habe auch keine gegenteiligen Anweisungen gegeben.

Der Amtsanwalt hielt für erwiesen, daß zwar eine Verleumdung vorliegt, aber der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt und sei somit freizusprechen. Das Schöffengericht erkannte dahin, daß die Verhandlung ergeben habe, daß die Polizeibeamten sich bemühten, den Diebstahl Einhalt zu tun.

Der Amtsanwalt hielt für erwiesen, daß zwar eine Verleumdung vorliegt, aber der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt und sei somit freizusprechen. Das Schöffengericht erkannte dahin, daß die Verhandlung ergeben habe, daß die Polizeibeamten sich bemühten, den Diebstahl Einhalt zu tun.

Filmchau.

Opera, Gen- und Posaquetheater. Schon vor einigen Wochen hatten wir in einer Sondervorstellung Gelegenheit, den faszinierenden Film „Katharina die Große“ an dieser Stelle zu würdigen. Jetzt ist nun der Film auch auf den Spielplan gelangt und können wir auch heute unsere damalige Ansicht äußern.

Standesamt vom 13. Oktober 1920.

Todesfälle: Buchhalter Hans Hoeler, 88 J. — Verkäuferin Auguste Meiß, 26 J. 1 M. — Lehrerin a. D. Alma Sch., 66 J. 5 M. — Arbeiter Karl Kunikowski, 79 J. 10 M. — S. d. Arbeiters Friedrich Bornowski, 7 Mch. — S. des Kaufmanns Edward Kury, 8 1/2 Mch. — Arbeiter Gustav Jungas, 27 J. 10 M. — Witwe Genzelte Kewilich geb. Ritsche, 78 J. 9 M.

Table with 4 columns: Location, Yesterday's Rate, Today's Rate, Location, Yesterday's Rate, Today's Rate. Includes entries for Jamschost, Warschau, Schönan, Galsenberg, Reubacherbusch, Thorn, Fordon, Culm, Brandenburg, Kurgedraun, Montaurpthe, Dieckel, Dirschon, Einlage, Schiewenhorn, Wolfsdorf, Anwachs.

Letzte Nachrichten.

Englische Revision des Friedensvertrages? London, 13. Okt. Der Vorsitzende der internationalen Wirtschaftskonferenz in London Sir George Paish erklärte, daß wenn die Bedingungen, die durch den Vertrag festgelegt sind, nicht erfüllt werden, Großbritannien in kurzer Zeit vor großen Schwierigkeiten stehen werde.

Vor dem Bergarbeiterstreik in England. London, 13. Okt. (R. F. B.) Das am Dienstag bekannt gemordene Ergebnis der Abstimmung unter den Bergarbeitern zeigt, daß nicht ein einziger Bezirke sich für die Annahme des Angebotes der Bergwerksbesitzer aussprach. Ueberall trat eine harte ablehnende Mehrheit zutage.

Ämliche Bekanntmachungen.

Aleinverkaufspreise für Kartoffeln.

Auf Grund des Beschlusses über die Höchstpreise wird für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig folgendes angeordnet:

- Der Alleinverkaufs-Höchstpreis für Kartoffeln beträgt M. 28,50 für den Zentner.
 - Ueberschreitungen des Höchstpreises werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu M. 50.000 bestraft.
 - Die Verordnung tritt am 15. Oktober 1920 in Kraft.
- Danzig, den 12. Oktober 1920. (2469)
Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig.
Verständlich:
Danzig, den 13. Oktober 1920.
Der Magistrat.

Die Arbeiter- und Anschlägerarbeiten zum Umbau des Mannschaftsbaues und des Wirtschaftsgedäudes der Troinkaserne Langfuhr, sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Montag, den 18. Oktober, vorm. 9 Uhr in dem städt. Hochbauamt, Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 428, eingereicht.
Die Bedingungen liegen in der städt. Hochbauamtstelle im Rathsaule in der Langgasse zur Einsicht aus (Zimmer 32) und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
Danzig, den 11. Oktober 1920. (2465)
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Satzung der unterzeichneten Kasse ist mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres dahin abgeändert, daß die Grundbühne bis auf 30,- Mk. für den Arbeitstag festgesetzt und die Beiträge bis 6 vom Hundert des Grundlohnes erhöht worden sind.

Bezahlungsstufe	Tagesdurchschnittsverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag
I	— 1.49	1.—	36
II	1.50—2.50	2.—	72
III	2.51—3.50	3.—	108
IV	3.51—4.50	4.—	144
V	4.51—5.50	5.—	180
VI	5.51—6.50	6.—	216
VII	6.51—7.50	7.—	252
VIII	7.51—8.50	8.—	288
IX	8.51—9.50	9.—	324
X	9.51—10.50	10.—	360
XI	10.51—12.50	12.—	432
XII	12.51—14.50	14.—	504
XIII	14.51—16.50	16.—	576
XIV	16.51—18.50	18.—	648
XV	18.51—20.50	20.—	720
XVI	20.51—22.50	22.—	792
XVII	22.51—24.50	24.—	864
XVIII	24.51—26.50	26.—	936
XIX	26.51—28.50	28.—	1008
XX	28.51 u. mehr	30.—	1080

Wichtig! Gemäß der Satzung mit Wirkung vom 1. Oktober d. J.:

1. Verlässliche Bedienung sowie Arzneimittel für höchstens 13 Wochen außer für sämtliche Zahnrkrankheiten an folgende versicherungsfreie Familienmitglieder des Versicherten, die in seinem Haushalt leben; und zwar: Ehegatten und eigene Kinder des Versicherten, sowie Kinder ihrer Ehegatten unter 14 Jahren.

2. Sterbegeld beim Tode des Ehegatten eines Mitgliedes oder eines eigenen Kindes, sowie eines Kindes ihrer Ehegatten unter 14 Jahren, soweit sie zu seinem Haushalt gehören. Das Sterbegeld wird für den Ehegatten auf 1/2, für ein Kind bis zu 14 Jahren auf 1/3, des im § 27 festgesetzten Mitglieder-Sterbegeldes bemessen und um den Betrag des Sterbegeldes gekürzt, auf das der Verstorbene selbst gesetzlich Anspruch hat.

Der vorerwähnte Satzungsantrag ist durch Verfügung des Oberverwaltungsamts Danzig vom 28. 9. 1920 Nr. 8820 K 8 genehmigt.

Danzig, den 12. Oktober 1920. (2467)
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Danziger Niederung.

Sowjetrußland

und wir!

Is ein wirtschaftliches Abkommen mit Rußland zurzeit erstrebenswert?

Preis 2,40 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 13. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten B 2.

Undine

Romantische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.
Szen. Dichtung: Max Widner. Musikal. Dichtung: Erich Walter. Inspektion: Otto Friedrich.
Ende 10 Uhr.

Donnerstag, den 14. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 2. **Bobba.** Drama in 5 Akten von Hans Brand.

Freitag, den 15. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 2. **Die Jägerskinder.** Oper in zwei Aufzügen von W. A. Mozart.

Sonnabend, den 16. Oktober 1920, abends 5 1/2 Uhr.
Dauerkarten E 2. **Faust.** Der Tragödie erster Teil von Goethe.

Sonntag, den 17. Oktober 1920, abends 7 Uhr.
Die toten Augen. Eine Bühnendichtung von Hans Feig Ewers. Musik von Eugen d'Albert.

Rur für die Vororte.

Volksvorstellung im Stadttheater

am Sonntag, den 17. Oktober 1920, nachmittags 2 1/2 Uhr

„Gas“

Schauspiel in vier Akten von Georg Kaiser.
Die Eintrittskarten zum Preise von 1.— Mk. für minderbemittelte über 16 Jahre alte Personen sind in den bekannten Verkaufsstellen am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, morgens 8 Uhr zu haben.

Danzig, den 13. Oktober 1920. (2462)
Der Magistrat.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Bausmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Mittwoch, d. 13. Oktober

Anfang 7 Uhr Anfang

Der Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten.
Musik von Johann Strauß.

Morgen Donnerstag, d. 14. Oktober
Der letzte Walzer.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 23 und von 10—4 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Apollo Theater Apollo

III. Damm 3.
Spielplan vom 13. bis 15. 10.

Der Herr mit der Dogge!
Detektiv-Abenteuer in 4 Akten.

Ins Blendfeuer der Liebe!
Großes Drama in 4 Akten. (2463)
Eigenart in Scenerie und Ausstattung.

Das Opfer der Jella Rogesius
Sport-Schauspiel in 4 Akten.
Wanda Treumann in der Hauptrolle.

Arbeiter-Bildungsanstalt

Vortragskurse

jeden Montag und Donnerstag.
Beginn 18. Oktober.

- Die unterklassige Geschichtszusammenfassung. Vortragender: Redakteur Adolf Bertel. 4 Abende, am 13., 21., 28. u. 29. Oktober von 7—9 Uhr abends. Karte 3.— Mk.
 - Der wissenschaftliche Sozialismus. Vortragender: Abgeordneter Julius Sehl. 4 Abende, am 1., 4., 8. u. 11. November von 7—9 Uhr abends. Karte 3.— Mk.
 - Schlichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Vortragender: Gewerkschaftsleiter Franz Krugowski. 6 Abende, am 13., 22., 29. November, 2. u. 6. Dezember von 7—9 Uhr. Karte 4.50 Mk. Teilnahmekarte für alle 3 Kurse 2.— Mk.
- Ort: Aula der städt. Heilige-Geist-Gemeinde III.
Anmeldungen zu den Kursen werden auf dem Perlethor, 4. Damm 7, 2. Et. und in der Verkaufsstelle der Volkswacht, Am Spandhaus 6, entgegengenommen. (2452)



Lichtspiele

Mittwoch, den 13. und Donnerstag, d. 14. Okt.
2 letzte große Kindervorstellungen

Heute Mittwoch, d. 13. Okt.
Letztes Auftreten von

Ossi Oswald

in ihrem Stück **Die Wohnungsnot!**
Beginn pünktlich abends 6 1/2 und 8 1/2 Uhr

Verloren

eine Monatskarte der Straßenbahn für d. Strecke Danzig-Bräun auf den Namen Kohlandt Wiederbringer erhält Belohnung. Abzugeben in der Exped. der Danziger Volksstimme, Am Spandhaus 6.

Ich bin verzogen von Mattenbuden 10 nach Gr. Wollwebergasse 13
Rechtsanwalt Eisenhüt.

Heinrich Heine

Ein Lebens- und Zeitbild von Hermann Wendel.
Preis 10 Mark.

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

750 Bassma
pro Paket Feinschnitt-Tabak vorzüglich für Zigarette und kurze Pfeife. Ueberall erhältlich.
(2399)

Kinderlegen — und kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter von Fritz Brupbacher, Arzt in Zürich.
— Preis 1 Mk. —

Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Institut für Zahnleidende

Telefon: 2621. **Pfeifferstadt 74** Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnprothesen jeder Art. Zahnreinigung.

Velour-Hüte

für Damen und Herren werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach neueren Formen bei sorgfältigster Ausführung **umgepresst**, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhutfabrik Hut-Basar zum Strauß
Kunstmühlstraße 33
Am Lauenrothweg Nr. 9-7 (gegenüber der Markthalle). (2307)

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokoko-Saal

Sonntag: **Tafelmusik, Familienabend**

Donnerstag: 5 Uhr Tanztee

Sonnabend: **Reunion.** (2358)

Steffi-Orchester: 10 Solisten
Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränke.

Fahrräder,

neue und gebrauchte, Mäntel u. Schlüsse in prima Friedensqualität zu billig. Preisen kaufen Sie am besten in der Fahrrad-gehandl. Gustav Ehms, l. Damm 22/23, Ecke Breiten- gasse. Tel. 3478. (2468)

Möbel
auf **= Kredit =**
nur bei (2453)
B. Feder
Holzmarkt 27/28.

Neuerscheinungen!
Kulturfragen!
Die neue Schule von Max Tepp . . . 3.60
Expressionismus von Heinrich Bogeler . 3.60
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 8 und Paradiesgasse 32.

Für Feuer suchen wir geeignete Persönlichkeiten als **Mitarbeiter.**
Wir verlangen: Zielbewusste Tätigkeit zum Aufbau des Geschäftes.
Wir bieten: Angenehme Vergütung und weitgehendste Unterstützung.
Danziger Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Langermarkt Nr. 20. (2466)

1 Fernrohr, Dammische Klavierschule, Klavierenoten, vollst. Opernausgab. billig verkäuflich Burggratenstr. 12, II. (2467)

Julius Gosda
Tabakfabrik
Spezialität gekachelter Schnupf-Tabak

Fahrräder
neu u. gebrauchte, mit prima Gummiereifen, in Mäntel u. Schlüsse, Ersatz- und Reparatorteile ganz billig, um zu räumen.
Häckerstraße 5-7
2. Priestergasse 4-5
Fernsprecher 2428.
Garantie für Kachelarbeit und Reinheit.
Reparaturen
an Fahrrädern, Nähmaschinen, Karbidlampen usw. sachgemäß, schnell u. billig. (2402)
Danziger Fahrrad-Zentrale, Breitengasse 58, Teleph. 2701.